

# Die Sozialgerichtsbarkeit

HERAUSGEGEBEN VON

**Prof. Dr. Walter Bogs**  
*Senatspräsident  
beim Bundessozialgericht a. D.,  
Kassel / Göttingen*

**Prof. Dr. Wolfgang Gitter**  
*Ordinarius an der  
Universität Bayreuth*

**Dr. Heinrich Reiter**  
*Präsident des  
Bundessozialgerichts,  
Kassel*

**Prof. Dr. Georg Wannagat**  
*Präsident des  
Bundessozialgerichts a. D.,  
Kassel / Frankfurt*

**Redaktion: „Die Sozialgerichtsbarkeit“, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden**

## INHALTSVERZEICHNIS

# 1990

**37. JAHRGANG · HEFT 1-13**

**VERLAG CHMIELORZ GMBH · 6200 WIESBADEN**

## Zum Verhältnis von § 20 Abs. 4 BKGG und § 48 Abs. 4 S. 1 i. V. m. § 45 Abs. 3 S. 3 SGB X

Von Rechtsassessor Ulrich M. Gassner, Tübingen

### *I. Einleitung und Problemstellung*

In der sozialgerichtlichen und behördlichen Praxis treten gelegentlich Fallkonstellationen auf, die die Frage aufwerfen, ob der in § 20 Abs. 4 BKGG geregelte Ausschluß der Anwendbarkeit von § 45 Abs. 3 SGB X auch in den Fällen gilt, in denen Satz 3 dieser Vorschrift lediglich aufgrund der Verweisung in § 48 Abs. 4 S. 3 SGB X zur Anwendung gelangt. Der Auseinandersetzung mit dieser Problematik bedarf es dann, wenn die Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Funktion als „Kindergeldkasse“ (vgl. § 15 BKGG) erst nach zehn oder mehr Jahren seit Änderung der Verhältnisse den Kindergeldbescheid, ein begünstigender Verwaltungsakt mit Dauerwirkung<sup>1)</sup>, nach § 48 SGB X aufzuheben begehrt. Ein derartiger Fall könnte beispielsweise so gelagert sein, daß bei einem über § 2 Abs. 1 Nr. 1 BKGG kindergeldberechtigten Stiefvater das ursprünglich gegebene Tatbestandsmerkmal der Aufnahme des Stiefkindes in seinen Haushalt nachträglich weggefallen ist. Neben dem Wegfall der Kindergeldberechtigung ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch an das nachträgliche Eintreten eines Ausschußtatbestandes im Sinne des § 8 Abs. 1 BKGG zu denken.

Zwar werden von den Kindergeldkassen die tatsächlichen Anspruchsvoraussetzungen des Kindergeldbezugs regelmäßig überprüft<sup>2)</sup>, es liegt jedoch auf der Hand, daß allein wegen der langen, möglicherweise über 27 Jahre betragenden Anspruchsdauer mit unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen in nicht wenigen Fällen die weggefallene Anspruchsberechtigung erst nach über zehn Jahren entdeckt wird. Insbesondere bei vielfach gegebenen verworrenen Familienverhältnissen und zerstörten familiären Beziehungen kann es wegen der hieraus entstehenden objektiven und subjektiven Kommunikations-schwierigkeiten dazu kommen, daß die Kindergeldkasse recht-

lich relevante tatsächliche Veränderungen erst nach Jahren erfährt. Behördliche Ermittlungsschwierigkeiten können indes den Lauf der Zehnjahresfrist nicht hemmen.

Ist ein solcher Fall gegeben, so erhebt sich die Frage, ob der Ablauf der Zehnjahresfrist aufgrund der Verweisung des § 48 Abs. 4 S. 3 SGB X auf § 45 Abs. 3 S. 3 SGB X zugunsten des Berechtigten zu berücksichtigen ist oder nicht.

### *II. Meinungsstand*

Soweit ersichtlich existiert keine Rechtsprechung zu dieser Frage. Auch die gängigen Kommentare zum Bundeskindergeldgesetz und des SGB X gehen — bis auf einen<sup>3)</sup> — nicht auf die Problematik ein<sup>4)</sup>. Selbst jene Kommentierung, welche die hier interessierende Frage diskutiert, bleibt letztlich unklar und liefert keine Begründung. So heißt es an einer Stelle<sup>5)</sup> apodiktisch, daß die Verweisung auf § 45 Abs. 3 SGB X nicht für Rechtsgebiete gelte, für welche die Vorschrift ausdrücklich für unanwendbar erklärt worden sei (z. B. § 25 Abs. 4 BKGG). Etwas später<sup>6)</sup> wird die vorherige Stellungnahme dahingehend abgeschwächt, daß die Regelungen des § 48 SGB X insoweit ausgeschlossen sein „dürften“. Derartige Unsicherheiten in der

<sup>1)</sup> Allgemeine Ansicht, vgl. nur Wickenhagen/Krebs/Seewald, BKGG-Kommentar, Bd. 2, § 22 Rdnr. 6.

<sup>2)</sup> Vgl. Josef Büttner, Das Kindergeld, 2. Aufl. 1989, S. 101 f.: im Jahre 1988 wurden bei ca. 6,16 Mio. Berechtigten annähernd 2,8 Mio. Überprüfungen durchgeführt, ebd., S. 122.

<sup>3)</sup> Kocher, in: Jahn (Hrsg.), Sozialgesetzbuch für die Praxis, § 48 Rdnr. 25 und 32.

<sup>4)</sup> Man könnte allenfalls die Nichtanführung von § 20 Abs. 4 BKGG als Sondervorschrift durch Schneider-Danwitz, in: Bley u. a., SGB/RVO-Gesamtkommentar Sozialversicherung, Bd. 2, § 48 Anm. 2 als „beredtes Schweigen“ deuten (vgl. dagegen ebd., § 45 Anm. 4 e).

<sup>5)</sup> Kocher (o. Anm. 3), § 48 Rdnr. 25.

<sup>6)</sup> Kocher (o. Anm. 3), § 48 Rdnr. 32.

Diktion signalisieren eine Argumentationslücke und lassen einen fundierteren Begründungsversuch als gerechtfertigt erscheinen.

### III. Problemanalyse

Die Problemlösung ist im Wege der Auslegung durch Heranziehen anerkannter Methoden der Gesetzesinterpretation zu ermitteln.

1. Eine grammatische Auslegung führt zu keinen eindeutigen Ergebnissen. So kann man aus dem Normbefehl des § 20 Abs. 4 BKGG, wonach § 45 Abs. 3 SGB X keine Anwendung findet, einerseits schließen, daß dies auch dann gilt, wenn von anderen Normen auf diese Vorschrift zurückverwiesen wird. Andererseits läßt sich argumentieren, daß in § 20 Abs. 4 BKGG ausdrücklich nur auf § 45 Abs. 3 SGB X und nicht auf andere Regelungsbereiche, wie z. B. § 48 SGB X, Bezug genommen wird.

2. Zwar kommt einer historischen (bzw. genetischen) Auslegung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts<sup>7)</sup> im allgemeinen nur eine bestätigende Funktion zu, gleichwohl kann der als maßgeblich zu erachtende Sinn des Gesetzes nicht unabhängig von den Regelungsabsichten des historischen Gesetzgebers ergründet werden<sup>8)</sup>.

§ 20 Abs. 4 BKGG ist durch Art. II § 24 Nr. 2 Sozialgesetzbuch — Verwaltungsverfahren — vom 18. 8. 1980 (BGBl. I S. 1469) mit Wirkung vom 1. 1. 1981 eingeführt worden. In der amtlichen Begründung des Gesetzentwurfs<sup>9)</sup> findet sich die lapidare Feststellung, daß diese Gesetzesänderung „zur Klarstellung“ dessen erforderlich sei, daß § 45 Abs. 3 SGB X „keine Anwendung findet“. Weitere Äußerungen der am Gesetzgebungsprozeß beteiligten Stellen hierzu sind nicht ersichtlich.

Einen gewissen Fingerzeig mag der zur parallelen Einführung von § 20 Abs. 5 BKGG geäußerte Willen des Gesetzgebers geben, wonach die Regelung auch deswegen erforderlich sei, „um eine einheitliche Durchführung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit sicherzustellen“<sup>10)</sup>. Für den konkreten Fall bedeutet dies, es sollte eine Parallelschaltung von § 20 Abs. 5 BKGG und § 152 Abs. 1 AFG als *leges speciales* zu § 44 Abs. 1 SGB X erfolgen<sup>11)</sup>. Da nun § 48 SGB X durch das AFG keine Modifikation erfährt, liegt die Interpretation nahe, daß der vom Gesetzgeber im Regelungszusammenhang der §§ 44 ff. SGB X zu § 20 Abs. 5 BKGG entwickelte Gedanke der einheitlichen Durchführung auch bei der Anwendung jener Vorschrift Geltung beanspruchen kann, soweit nicht ausdrücklich eine andere Norm, wie z. B. § 20 Abs. 4 BKGG, eingreift.

Dieses Ergebnis findet seine Bestätigung in der Entstehungsgeschichte des § 45 Abs. 3 S. 3 SGB X. Die in dieser Vorschrift geregelte Zehnjahresfrist ist erst aufgrund der Beratung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) eingefügt worden. Die gesetzgeberische Vorstellung ging dahin, daß entsprechend § 45 Abs. 3 S. 1 SGB X die Rücknahme von Verwaltungsakten ab einer gewissen Zeit im Interesse der Rechtssicherheit nicht mehr zugelassen sein sollte<sup>12)</sup>. Vorgeblich „wegen der Neufassung“, also aufgrund der gleichzeitigen Einführung der Zehnjahresfrist, sah der Ausschuß auch die Ergänzung des § 48 Abs. 4 S. 1 SGB X um die Verweisung auf § 45 Abs. 3 S. 3 SGB X als „erforderlich“ an<sup>13)</sup>, während der ursprüngliche Entwurf keine Verweisung auf die vorgeschlagene andere Fristenregelung des § 45 Abs. 3 S. 1 SGB X (zunächst Drei-, dann Zweijahresfrist) vorsah. Von einer Erforderlichkeit im technischen Sinne konnte daher richtigerweise nicht gesprochen werden. Vielmehr hatte der Ausschußbeschluß bei objektiver Betrachtung in materieller Hinsicht zum Ziel, die Zehnjahresfrist auf den Bereich der Aufhebung von Verwaltungsakten mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse auszudehnen.

Wenn *Schедding*<sup>14)</sup> demgegenüber die Ansicht vertritt, die Neufassung von § 45 Abs. 3 SGB X habe „zwangsläufig“ aus Gründen der Gleichbehandlung der Fälle der Aufhebung und

der Rücknahme für die Vergangenheit die zusätzliche Inbezugnahme nach § 48 Abs. 4 S. 1 SGB X nach sich gezogen, so verkennt er den soeben skizzierten Entstehungszusammenhang und unterstellt dem historischen Gesetzgeber einen Willen, der sich nicht im Gesetzgebungsverfahren niedergeschlagen hat. Wäre dem Gesetzgeber wirklich an einer Gleichbehandlung bezüglich der Ausschußfristen gelegen gewesen, so hätte er konsequenterweise die in der Verwaltungspraxis ungleich wichtigere Zweijahresfrist des § 45 Abs. 3 S. 1 SGB X für den Anwendungsbereich des § 48 SGB X einführen müssen.

Entscheidend ist indes, daß die Anwendung des Gedankens der Rechtssicherheit auf § 48 SGB X (Zehnjahresfrist) keinen entsprechenden Niederschlag im hier interessierenden Art. II § 22 Nr. 2 SGB X fand. Nach dem Willen des Ausschusses sollte § 20 Abs. 4 BKGG vielmehr ausdrücklich unverändert bleiben<sup>15)</sup>. Hätte der Ausschuß den dort entsprechend dem Regierungsentwurf geregelten Anwendungsausschuß des § 45 Abs. 3 SGB X aber auch auf den infolge seiner Anregung entstandenen Verweisungstatbestand im Rahmen des § 48 SGB X ausdehnen wollen, so hätte dies einer ausdrücklichen Ergänzung des § 20 Abs. 4 BKGG bedurft. Denn das Absehen von einer Normänderung lag ja gerade auf der verfolgten Linie, im Interesse des Leistungsberechtigten die Rechtssicherheit zu stärken. Im übrigen ist anerkannt, daß dann, wenn der Entwurf einer Gesetzesvorschrift wie bei § 20 Abs. 4 BKGG unverändert Gesetz geworden ist und die übrigen Gesetzgebungsorgane sich nicht abweichend geäußert haben, der Schluß gerechtfertigt ist, daß der Gesetzgeber sich die ursprünglichen Vorstellungen des Gesetzesinitiators zu eigen gemacht hat. Da im Ausschußbericht sowie in weiteren Gesetzgebungsmaterialien keinerlei Anhaltspunkt für ein erweiterndes Verständnis des § 20 Abs. 4 BKGG zu entdecken ist, muß insoweit also von einem „beredten Schweigen“ des Gesetzgebers ausgegangen werden.

Die Entstehungsgeschichte von § 20 Abs. 4 und 5 BKGG und §§ 45 Abs. 3 S. 3, 48 Abs. 4 S. 1 SGB X spricht also für eine restriktive Interpretation dergestalt, daß die Anwendung von § 45 Abs. 3 SGB X im Kindergeldrecht nicht ausgeschlossen ist, wenn der zu überprüfende Kindergeldbescheid am Maßstab des § 48 SGB X gemessen wird.

3. Angesichts des Schweigens des Gesetzgebers über seine jenseits von Klarstellungsabsichten verfolgten Zielvorstellungen wirft sich als weitere für die Auslegung wichtige Frage auf, welche *ratio legis* sich hinter § 20 Abs. 4 BKGG verbirgt. In der Kommentarliteratur wird der Gesetzeszweck darin gesehen, daß es angesichts der Tatsache, daß das Kindergeld im Regelfall für eine längere Zeit als für zwei Jahre bewilligt wird, unangebracht sei, einen Wegfall der Leistung nur unter den erschwerten Voraussetzungen des § 45 Abs. 3 SGB X zuzulassen<sup>16)</sup>. Es gehe darum, diese Beschränkung der Rückzahlungsforderung der Bundesanstalt für Arbeit zu vermeiden<sup>17)</sup>.

Abgesehen davon, daß die Kommentierungen lediglich auf die Zweijahresfrist des § 45 Abs. 3 S. 1 SGB X Bezug nehmen (*sic!*), vermag die hierfür gegebene Begründung nicht auch den Ausschluß der Zehnjahresfrist rechtfertigen. Denn schon aufgrund der in der Praxis in relativ kurzen Abständen durchgeführten Überprüfungen der Anspruchsvoraussetzungen<sup>18)</sup> kann die Kindergeldkasse regelmäßig innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren feststellen, ob die Berechtigung für den Bezug von Anfang an nicht vorhanden war. Näher liegt die Annahme, daß mit dem Ausschluß des § 45 Abs. 3 SGB X die Anknüpfung an § 13 Nrn. 1 und 2 BKGG a. F. erreicht werden

<sup>7)</sup> BVerfGE 1, 299 (312).

<sup>8)</sup> Vgl. Karl Larenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 5. Aufl. 1983, S. 304.

<sup>9)</sup> BT-Drs. 8/2034, S. 41.

<sup>10)</sup> Ebd.

<sup>11)</sup> Vgl. Art. II § 2 Nr. 18 SGB X vom 18. 8. 1980 (BGBl. I S. 1469) und Klarstellung durch Art. I Nr. 40 Gesetz vom 14. 12. 1987 (BGBl. I S. 2602).

<sup>12)</sup> BT-Drs. 8/4022, S. 83.

<sup>13)</sup> Ebd.

<sup>14)</sup> Die Bedeutung von § 48 Abs. 4 SGB — 10. Buch —, VersorgB 1983, S. 40 (41).

<sup>15)</sup> BT-Drs. 8/4022, S. 70.

<sup>16)</sup> Wickenhagen/Krebs/Seewald (o. Anm. 1), § 20 Rdnr. 9.

<sup>17)</sup> Schiekel/Brandmüller, Kindergeldgesetze, Kommentar, Bd. I, § 20 Anm. 5.

<sup>18)</sup> S. o. Anm. 2.

sollte. Denn § 13 BKGG a. F. sah die zeitlich unbegrenzte materielle Rückzahlungspflicht bei zu Unrecht geleistetem Kindergeld vor<sup>19)</sup> und gab damit dem Gedanken der materiellen Gerechtigkeit den Vorzug vor dem Prinzip der Rechtssicherheit. Für eine solche *ratio legis* streitet auch die Tatsache, daß nach der Begründung des Regierungsentwurfs die Streichung von Nr. 1 und 2 des § 13 BKGG durch Art. II § 22 Nr. 1 SGB X wegen §§ 45, 48 und 50 SGB X als erforderlich angesehen wurde<sup>20)</sup>. Als Ausnahme von der grundsätzlichen Anwendbarkeit dieser Vorschriften wurde in der gleichen Norm (Art. II § 22 Nr. 2 SGB X) der Ausschluß von § 45 Abs. 3 SGB X geregelt und rettete so gleichsam den materiellen Gehalt des § 13 BKGG a. F. hinsichtlich der zeitlich unbegrenzten Rückzahlungsverpflichtung von zu Unrecht gewährten Kindergeldzahlungen.

Liegt aber hierin Sinn und Zweck des § 20 Abs. 4 BKGG, so kann man nicht umhin festzustellen, daß dieser Gedanke Geltungskraft auch für den Bereich des § 48 SGB X besitzt, zumal die Fälle des nachträglichen Wegfalls von ursprünglich vorhandenen Anspruchsvoraussetzungen vom Regelungsbereich des § 13 BKGG a. F. umfaßt worden waren.

Es entspricht aber auch der inneren Logik des § 20 Abs. 4 BKGG, wenn die zehnjährige Ausschußfrist des § 45 Abs. 3 S. 3 SGB X bei allen vom Gesetz vorgesehenen Aufhebungstatbeständen zu Lasten des Berechtigten gleichermaßen keine Anwendung findet.

Gleichwohl bleibt kritisch festzuhalten, daß die solchermaßen bestimmte *ratio legis* insofern Zweifeln ausgesetzt ist, als sie, wie dargelegt, in den subjektiven Vorstellungen des Gesetzgebers nicht mit der gebotenen Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen ist.

4. Letztlich kommt es aber auf diese Frage nicht entscheidend an, weil die Argumente für eine Nichtanwendung des § 20 Abs. 4 BKGG auf Fälle des § 48 SGB X im Ergebnis stärker ins Gewicht fallen als gegenteilige teleologische Überlegungen.

So ist zunächst in Rechnung zu stellen, daß § 48 Abs. 4 S. 1 SGB X lediglich die *entsprechende* Anwendung des § 45 Abs. 3 S. 3 SGB X anordnet. Bereits dies deutet darauf hin, daß die Verweisung nur unter Berücksichtigung des Regelungsumfanges und des Verweisungsbedürfnisses der verweisenden Norm zugelassen werden soll. Hinzu kommt, daß § 48 Abs. 4 S. 1 SGB X nach herrschender Meinung<sup>21)</sup> eine bloße Rechtsfolgenverweisung enthält. Allein die vom Gesetzgeber aus formalen Gründen angewandte Verweisungstechnik kann nun aber nicht dazu führen, daß eine den Sozialleistungsberechtigten belastende Vorschrift, wie § 20 Abs. 4 BKGG, in materieller Hinsicht eine Ausdehnung des ursprünglich anvisierten Anwendungsbereichs erfährt.

Eine restriktive Interpretation des § 20 Abs. 4 BKGG erscheint auch wegen des Ausnahmecharakters der Vorschrift angezeigt. Der Auslegungsgrundsatz, daß Ausnahmenvorschriften eng auszulegen sind, ist als spezielle Ausprägung der systematischen Interpretation allgemein anerkannt. Da das BKGG mit dem 1. 1. 1976 gemäß Art. II § 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 11. 12. 1975 (BGBl. I S. 3015) als „Besonderer Teil des SGB“ gilt, finden

nach § 37 SGB I grundsätzlich die §§ 44 bis 50 SGB X auch im Kindergeldrecht Anwendung, soweit dort keine anderweitige Regelung getroffen wurde. Nach § 37 SGB I werden also die allgemeinen Vorschriften durch Abweichungen der besonderen Teile nur insoweit außer Kraft gesetzt, wie der Regelungsbereich der abweichenden Regelung reicht. Im übrigen bleiben sie gültig<sup>22)</sup>. Der Regelungsbereich der Ausnahmenvorschrift des § 20 Abs. 4 BKGG ist nach dem im Gesetz objektivierten Willen des Gesetzgebers einzig auf den Ausschluß des Absatzes 3 des § 45 SGB X beschränkt. Die Ausdehnung des Normbereichs auf Fälle des § 48 SGB X würde dem erwähnten Auslegungsgrundsatz widersprechen.

Dieses Ergebnis wird zwar nicht durch die — zweifelhafte (s. o.) — *ratio legis* des § 20 Abs. 4 BKGG bestätigt, wohl aber durch den vom Gesetzgeber mit den §§ 44 ff. SGB X verfolgten generellen Zweck, die Rechtsstellung des Bürgers zu stärken und die Rechtssicherheit zu fördern<sup>23)</sup>. Dem Gesetzgeber war es also um die Berücksichtigung der Tatsache zu tun, daß im sozialen Bereich im Vergleich zu den §§ 48 ff. VwVfG ein noch stärkeres Bedürfnis besteht, den betroffenen Bürger vor der Aufhebung begünstigender Verwaltungsakte zu schützen<sup>24)</sup>. Diesem „Günstigkeitsprinzip“ gilt es — jedenfalls, wenn es, wie hier, um den Anwendungsbereich einer Schutzvorschrift geht — im Zweifel Rechnung tragen.

Hinzu kommt, daß man bei anderer Entscheidung mit dem herkömmlich in Art. 20 Abs. 3 GG verorteten<sup>25)</sup> Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes<sup>26)</sup> in Konflikt geriete. Der Regelungsbereich einer den Bürger belastenden Eingriffsnorm, wie § 20 Abs. 4 BKGG, muß eindeutig bestimmt sein. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts<sup>27)</sup> muß der Rechtsunterworfenen ohne Zuhilfenahme spezieller Kenntnisse die in Bezug genommenen Rechtssätze und deren Inhalt mit hinreichender Sicherheit feststellen können. Dies ist hier bereits wegen der Nichterwähnung von § 48 SGB X in § 20 Abs. 4 BKGG äußerst zweifelhaft.

Nach alledem überwiegen die Argumente für eine restriktive Interpretation des § 20 Abs. 4 BKGG.

#### IV. Ergebnis

Auch im Kindergeldrecht muß im Rahmen des Regelungsbereichs von § 48 SGB X zugunsten des Berechtigten die Zehnjahresfrist des § 45 Abs. 3 S. 3 SGB X beachtet werden. § 20 Abs. 4 BKGG trifft lediglich für Fälle des § 45 SGB X eine Ausnahmeregelung.

Dieses Ergebnis hat konsequenterweise auch für ohne Verwaltungsakt zu Unrecht geleistete Kindergeldzahlungen Geltung (vgl. § 50 Abs. 2 S. 2 Alt. 2 SGB X).

<sup>19)</sup> Vgl. hierzu Wickenhagen/Krebs/Seewald (Anm. 1), § 13 Rdnrn. 4 ff.

<sup>20)</sup> BT-Drs. 8/2034, S. 41.

<sup>21)</sup> Vgl. Schneider-Danwitz (o. Anm. 4), § 48 Anm. 72; Kocher (o. Anm. 3), § 48 Rdnr. 27; Schedding, VersorgB 1983, S. 42.

<sup>22)</sup> So Bley in: Bley u. a., SGB/RVO-Gesamtkommentar Sozialversicherung, Bd. I, § 37 Anm. 4 c m. w. N.

<sup>23)</sup> S. BT-Drs. 8/2034, S. 1.

<sup>24)</sup> So Hauck/Haines/Vöcking, SGB X 1, 2, Kommentar, § 44 Rdnr. 1.

<sup>25)</sup> Vgl. BVerfGE 40, 237 (248); 49, 89 (126).

<sup>26)</sup> Zur Geltung dieses Grundsatzes bei sozialrechtlichen Aufhebungsbescheiden vgl. Hauck/Haines/Vöcking (o. Anm. 24), § 45 Rdnr. 6.

<sup>27)</sup> BVerfGE 5, 25 (25 f.); 8, 274 (303); 22, 330 (346).